

Hessische Blätter für Volksbildung

Recht und Finanzierung der Weiterbildung

Erwachsenenbildung

vhs hessischer
Volkshochschulverband



Der Beitrag setzt sich mit der Bedeutung des Europäischen Sozialfonds (esf) für die österreichische Erwachsenenbildung auseinander und informiert über konkrete Maßnahmen, die mit esf-Mitteln kofinanziert werden. Die Relevanz des esf gilt für die Bildungsträger und auch für die staatliche Erwachsenenbildungspolitik. Für die Volkshochschulen ist wichtig, dass genuine VHS-Themen durch die esf-Programme unterstützt werden. Mit esf-kofinanzierten Maßnahmen gelingen wichtige Beiträge zur Höherqualifizierung bzw. zum Ziel der upskilling pathways der Europäischen Union.

Schlagworte: Europäischer Sozialfonds; lifelong learning; Bildungspolitik; upskilling pathways; Höherqualifizierung; Bildungsteilnahme

Zitiervorschlag: *Bisovsky, Gerhard (2022). Die bildungspolitische Bedeutung des Europäischen Sozialfonds für die Erwachsenenbildung: Am Beispiel der österreichischen Volkshochschulen. Hessische Blätter für Volksbildung, 72(1). 93-102. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/HBV2201W010>*

E-Journal Einzelbeitrag
von: Gerhard Bisovsky

Die bildungspolitische Bedeutung des Europäischen Sozialfonds für die Erwachsenenbildung

Am Beispiel der österreichischen
Volkshochschulen

aus: Recht und Finanzierung der Weiterbildung (HBV2201W)

Erscheinungsjahr: 2022

Seiten: 93 - 102

DOI: 10.3278/HBV2201W010

Dieses Werk ist unter folgender Lizenz veröffentlicht: Creative Commons Namensnennung-Share Alike 4.0 International



Die bildungspolitische Bedeutung des Europäischen Sozialfonds für die Erwachsenenbildung

Am Beispiel der österreichischen Volkshochschulen

GERHARD BISOVSKY

Zusammenfassung

Der Beitrag setzt sich mit der Bedeutung des Europäischen Sozialfonds (esf) für die österreichische Erwachsenenbildung auseinander und informiert über konkrete Maßnahmen, die mit esf-Mitteln kofinanziert werden. Die Relevanz des esf gilt für die Bildungsträger und auch für die staatliche Erwachsenenbildungspolitik. Für die Volkshochschulen ist wichtig, dass genuine VHS-Themen durch die esf-Programme unterstützt werden. Mit esf-kofinanzierten Maßnahmen gelangen wichtige Beiträge zur Höherqualifizierung bzw. zum Ziel der upskilling pathways der Europäischen Union.

Stichwörter: Europäischer Sozialfonds; lifelong learning; Bildungspolitik; upskilling pathways; Höherqualifizierung; Bildungsteilnahme

Abstract

The article deals with the importance of the European Social Fund (esf) for Austrian adult education and provides information about concrete measures that are co-financed with esf funds. The relevance of the esf applies to the education providers and also to the state adult education policy. For the Adult Education Centres, it is important that genuine VHS topics are supported by the esf programmes. Measures co-financed by esf make important contributions to higher qualification and to the goal of the “upskilling pathways” of the European Union.

Keywords: European Social Fund; Lifelong Learning; Education Policy; Upskilling Pathways; Upskilling; Educational Participation

1 Einleitung

Dem Europäischen Sozialfonds (esf) kommt in der österreichischen Bildungspolitik eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu und er trägt zu einer weitgehend stabilen Erwachsenenbildung bei. Mehrere wichtige bildungspolitische Maßnahmen werden aus Mitteln des esf kofinanziert. Die Volkshochschulen sind Trägerinnen vieler dieser Maßnahmen und sie haben gemeinsam mit anderen Trägern der Erwachsenenbildung dazu beigetragen, dass aus Projekten in der Folge Programme wurden, die sich im Regelfall durch mehrjährige Laufzeiten sowie durch Kontinuität auszeichnen.

Die Genese der Basisbildung in Österreich gibt ein gutes Beispiel für einen typischen Entwicklungsprozess im Bereich der staatlichen Erwachsenenbildungspolitik ab.

2 Basisbildung in Österreich: von Projekten zu Programmen

Das Thema einer nicht hinreichenden Grundbildung bzw. eines funktionellen Analphabetismus war in der Erwachsenenbildung in den 1980er Jahren bekannt. Bereits früher gab es seitens der Erwachsenenbildung Unterstützung mit gebührenfreien Kursen z. B. beim Schreiben. Mit der Rechtschreibreform Mitte der 1990er Jahre manifestierte sich in zahlreichen Kursen ein großer Bedarf an Grundbildung im Schreiben und in weiterer Folge auch im Leseverständnis. Viele Jahre wurde das Thema in Österreich ignoriert: Ein solches Problem konnte nicht existieren, denn wir hätten ein gutes und funktionierendes Schulsystem, so oder ähnlich lautete die Argumentation. Anfänglich wurden die Bedarfe bei Personen mit Migrationshintergrund geortet und hier wurden auch von den Volkshochschulen und anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen zahlreiche Bildungsaktivitäten realisiert, die aus Projektmitteln der Gebietskörperschaften kofinanziert wurden.

Eines der ersten österreichischen Projekte zur Basisbildung für Menschen mit deutscher Muttersprache wurde vom Verband Wiener Volksbildung entwickelt und 1990 an der Wiener Volkshochschule Floridsdorf umgesetzt (vgl. Brugger et al. 1997). Dabei ging es insbesondere um die „Befähigung der TeilnehmerInnen mit Hilfe des schriftlichen Ausdrucks selbstbewusst am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen“ (Cennamo et al. 2018, S. 99). In diesem Modell wurde ein „spezifischer österreichischer ‚Spirit‘ ausgeprägt [...], der bis heute beibehalten werden konnte“ (ebd., S. 95).

In der Folge wurden in mehreren Bundesländern ähnliche Projekte entwickelt und umgesetzt und aus EU-Mitteln kofinanziert. Die Equal-Programme mit mehrjährigen Laufzeiten gaben eine gute Grundlage für pädagogische Aktivitäten ab und erlaubten über die konkreten Maßnahmen hinaus auch Entwicklungsarbeit. Aber sie blieben Projekte mit allen Unsicherheiten bezüglich einer Weiterführung.

Mit der 2012 ins Leben gerufenen „Initiative Erwachsenenbildung“ wurden verschiedene aus unterschiedlichen Quellen finanzierte Projekte in eine österreichweite Bildungsmaßnahme transferiert. Die Maßnahme wurde nach europäischem Vorbild mit einem Programmplanungsdokument unterlegt und Qualitätskriterien wurden für die durchführenden Organisationen und für Lehrende definiert. Die „Initiative Erwachsenenbildung“ besteht aus zwei Programmteilen, die gebührenfrei umgesetzt werden: Basisbildung und Pflichtschulabschluss. Die Initiative wurde auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und in Form einer Kooperationsvereinbarung des Bundes und der Länder wird sie von beiden Gebietskörperschaften finanziert. Später kamen noch Fördermittel des esf hinzu.

Eine langjährige Forderung der Erwachsenenbildung war der „erwachsenengerechte Pflichtschulabschluss“, der Ende 2012 mit dem Pflichtschulabschluss-Prüfungsgesetz realisiert wurde. Zuvor mussten Erwachsene für einen positiven Abschluss Prüfungen in allen Hauptschulfächern bestehen. Erst mit diesem Gesetz wurde in Analogie zur Berufsreifeprüfung bzw. der Studienberechtigungsprüfung¹ ein Verfahren geschaffen, das berufliche und andere Erfahrungen hinsichtlich des schulischen Wissens validierte und somit einer Anerkennung unterzog. Damit wurde der zweite Bildungsweg zu einer echten second chance für Erwachsene (vgl. Bisovsky 2021) und ermöglichte einen Bildungsabschluss im Sinne einer Lebensphasenorientierung, wie wir sie als eine der strategischen Leitlinien in der österreichischen Lifelong-learning-Strategie² finden.

3 Erwachsenenbildungspolitik in Österreich und die Bedeutung des esf

Ein zunehmendes staatliches Engagement unterstützte die bessere Verortung bzw. Integration erwachsenenbildnerischer Aktivitäten im Bildungssystem und hat zweifelsohne auch einen Bedeutungszuwachs der Erwachsenenbildung zur Folge gehabt. Zahlreiche Impulse und Initiativen gingen von verschiedenen Akteur*innen aus und in vielen Fällen waren die Institutionen der Erwachsenenbildung treibend, die in der gemeinsamen Arbeitsplattform Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ) tätig sind. Dies war in der Geschichte der Erwachsenenbildungspolitik nicht immer so, insbesondere in den 1970er Jahren gingen viele Impulse und Initiativen von staatlichen Stellen aus (vgl. Bisovsky 1991). Einige der heute gut sichtbaren und bundesweit umgesetzten Initiativen sind der zweite Bildungsweg mit dem Programm „Berufsreifeprüfung“, die im vorhergehenden Abschnitt bereits kurz besprochene

1 Beide Prüfungen stehen in unterschiedlicher Weise für Durchlässigkeit: Die Berufsreifeprüfung öffnet grundsätzlich den Hochschulzugang für alle Studienrichtungen, während die Studienberechtigungsprüfung auf ein bestimmtes Studium vorbereitet, das im Zusammenhang mit der beruflichen Entwicklung steht. In beiden Fällen werden berufliche Erfahrung und Kompetenz anerkannt.

2 Die Lifelong-learning-Strategie LLL:2020 wurde in mehreren Prozessphasen entwickelt und schließlich 2011 von damals vier Ministerien bzw. Minister*innen unterzeichnet: Bildung, Wissenschaft und Forschung, Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft.

„Initiative Erwachsenenbildung“, die „Initiative Bildungsberatung“ und im Themenbereich Qualität das Gütesiegel Ö-Cert sowie die Weiterbildungsakademie (wba) im Bereich der Professionalisierung. Zusätzlich ist noch die Umstellung der jährlichen Förderung der Bundesverbände der gemeinnützigen Erwachsenenbildung auf dreijährige Leistungsvereinbarungen zu nennen. Bis auf die Leistungsvereinbarungen und das Ö-Cert werden alle genannten bildungspolitischen Initiativen aus esf-Mitteln kofinanziert. Die Berufsreifeprüfung finanziert sich zwar aus den Beiträgen der Teilnehmenden, allerdings wurden und werden bedeutende Innovationen durch Projekte mit esf-Kofinanzierung entwickelt und umgesetzt.

Politik materialisiert sich in Form von Ausgaben der öffentlichen Hand bzw. durch entsprechende Budgets, die für Aktivitäten und Institutionen zur Verfügung stehen. Daher ergibt es auch Sinn, die Budgets für die Erwachsenenbildung genauer zu betrachten, wobei wir in diesem Fall das Bundesbudget heranziehen. Im Bundesvoranschlag 2021 macht der Anteil der esf-Mittel an den Förderungen, die der Erwachsenenbildung zur Verfügung gestellt werden (Transferaufwand), 8,8 % aus.

Tabelle 1: Anteil des esf-Budgets am Budget für Erwachsenenbildung (Quelle: Bundesvoranschlag 2021, Detailbudget 30. Januar 2006 Lebenslanges Lernen)

	Budget 2021
Auszahlung aus Transfers	38,47 Millionen Euro
esf	3,4 Millionen Euro
Anteil esf am Transferaufwand	8,8 %

Anmerkung: In dieser Zahl nicht enthalten sind die Aufwendungen für das Bundesinstitut für Erwachsenenbildung. Als nachgeordnete Dienststelle des Bildungsministeriums kann es nicht Begünstigter von esf-Mitteln sein. In einer Gesamtdarstellung des Budgets für Erwachsenenbildung sind diese Aufwendungen jedenfalls hinzurechnen.

Eine andere Perspektive ergibt sich, wenn wir die aus esf-Mitteln kofinanzierten Projekte betrachten, die dem Bildungsressort und der Erwachsenenbildung zuzurechnen sind. Dies betrifft den Interventionsbereich 117, der die Förderung des gleichen Zugangs zum lebenslangen Lernen³ zum Ziel hat. Für die esf-Periode 2014 bis 2020 beträgt die Gesamtsumme der genehmigten Vorhaben in diesem Interventionsbereich 164,3 Millionen Euro, das sind jährlich rund 23,5 Millionen Euro, die für die Träger erwachsenenbildnerischer Maßnahmen genehmigt wurden. Der Anteil des Interventionsbereiches 117 an allen esf-Vorhaben beträgt immerhin 18,7%.

3 Im Detail: „Förderung des gleichen Zugangs zum lebenslangen Lernen für alle Altersgruppen im formalen, nichtformalen und informellen Rahmen, Steigerung des Wissens sowie der Fähigkeiten und Kompetenzen der Arbeitskräfte sowie die Förderung flexibler Bildungswege, unter anderem durch Berufsberatung und die Bestätigung erworbener Kompetenzen“ (<https://www.esf.at/mediathek/> [5.10.2021]).

Tabelle 2: esf-Vorhaben 2014 bis 2020 im Bereich Beschäftigung und im Interventionsbereich lebenslanges Lernen (Quelle: ESF-Liste der Vorhaben im Bereich Beschäftigung Österreich 2014–2020. Letzte Aktualisierung 21. Juli 2021. <https://www.esf.at/mediathek/>)

	Budget
esf-Vorhaben 2014–2020 gesamt (esf und nationale Mittel)	878,827 Millionen Euro
esf-Vorhaben 2014–2020, Interventionsbereich 117 (esf und nationale Mittel)	164,310 Millionen Euro
Anteil von 117 an allen esf-Vorhaben	18,7 %

Wenn wir nun nach der Bedeutung des esf für die Volkshochschulen fragen, dann bietet sich die Analyse des Budgetanteils der Volkshochschulen an den genehmigten esf-Vorhaben im genannten Interventionsbereich 117 an. In diesem Bereich sind Projekte von insgesamt 80 Bildungsträgern vertreten.⁴ Der Anteil der den Volkshochschulen genehmigten Projekte beträgt 37,8 % – bei einer ausgeprägten Diversität an Bildungsträgern.

Tabelle 3: Anteil der Volkshochschulen an den ESF-Vorhaben 2014–2020 im Interventionsbereich 117 lebenslanges Lernen (Quelle: ebd.)

	Budget
esf-Vorhaben 2014–2020, Interventionsbereich 117 (esf und nationale Mittel)	164,310 Millionen Euro
Gesamtsumme aller Projekte der Volkshochschulen	62,042 Millionen Euro
Anteil der Volkshochschulen	37,8 %

Inhaltlich betrachtet handelt es sich um genuine Bereiche der Volkshochschulen, nämlich: Bildungsberatung; Beratung und Lernunterstützung im zweiten Bildungsweg; Grundbildung und Basisbildung; erwachsenengerechter Pflichtschulabschluss; Übergänge in Berufsbildung und höhere Bildung; Migration, Kompetenz, Alphabetisierung; Kompetenzerfassung, Kompetenzberatung und die wba Österreich, die vom Verband Österreichischer Volkshochschulen für das kooperative System der Erwachsenenbildung Österreichs⁵ geführt wird.

Die „Initiative Erwachsenenbildung“ mit ihren beiden Programmbereichen Basisbildung und erwachsenengerechter Pflichtschulabschluss wurde bereits weiter oben vorgestellt. Nun soll exemplarisch über weitere bildungspolitisch bedeutsame Maßnahmen informiert werden, die die österreichische Erwachsenenbildungspolitik kennzeichnen und aus esf-Mitteln kofinanziert werden.

4 Die einzelnen teilnehmenden Volkshochschulen wurden als eine Institution gezählt, dito andere Bildungsträger, die einer einzigen Institution bzw. einem Dachverband zugeordnet werden können.

5 Das kooperative System besteht aus den zehn gemeinnützigen Bundesverbänden der Erwachsenenbildung, die in der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs zusammengeschlossen sind, und aus dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung.

4 Bildungsberatung für Erwachsene – Netzwerke in allen Bundesländern

Mit dem 2008 gestarteten Netzwerk Bildungsberatung in Wien (vgl. Bisovsky 2011) gelang es, mehrere Wiener Erwachsenenbildungseinrichtungen auf einer Plattform zu versammeln und durch Kooperationsverträge eine trägerunabhängige Bildungsberatung für Erwachsene zu realisieren. Dabei hat das französische Modell der Cité des Métiers Pate gestanden. Auch die Berliner Lernläden wurden als Modell herangezogen, was in weiterer Folge zu einer Kooperation der für die Bildungsberatung Verantwortlichen in Berlin und in Wien geführt hat (vgl. Zauner & Barth 2016). Von Anfang an wurden unterschiedliche Beratungsformate (face to face, telefonisch, online, in Gruppen, individuell) getestet und umgesetzt, und mittels aufsuchender Bildungsberatung wurden Menschen in ihren jeweiligen Umwelten angesprochen: in Parks, in Einkaufszentren, in Moscheen, an Bahnhöfen und anderen öffentlichen Orten wie z. B. der Hauptbücherei Wien.⁶

2011 wurde die „Initiative Bildungsberatung“ als flächendeckendes, regionales und zielgruppenspezifisches Bildungsberatungssystem aufgebaut, das sich durch methodisch vielfältige Beratungsformate wie auch durch Outreach-Aktivitäten auszeichnet (vgl. Götz et al. 2014, S. 34–41). Heute gibt es in allen Bundesländern Beratungsnetzwerke, die viele Institutionen und relevante Stakeholder einbinden.⁷

5 Zweiter Bildungsweg: Verbesserung der Durchlässigkeit im Bildungssystem für Erwachsene

Das 1997 beschlossene Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung stellt einen wichtigen Meilenstein für die Erwachsenenbildung dar, denn erstmals konnten anerkannte Einrichtungen der Erwachsenenbildung eine teilweise Prüfungskompetenz erlangen. Die Berufsreifeprüfung richtet sich an Personen, die bereits eine berufliche Ausbildung haben. Sie führt zum Hochschulzugang und besteht aus drei Prüfungen in schulischen Fächern (Deutsch, Mathematik und lebende Fremdsprache) und einer Prüfung aus einem Fachbereich, der die berufliche Kompetenz repräsentiert. Die im Berufsleben erworbenen Kompetenzen werden damit anerkannt und validiert und sie ersetzen andere Abiturfächer des ersten Bildungsweges.

Die Vorbereitungslehrgänge zur Berufsreifeprüfung werden gebührenpflichtig angeboten und anerkannte Einrichtungen der Erwachsenenbildung können für drei von vier Fächern nach einem Akkreditierungsverfahren die Prüfungskompetenz erlangen. Mehrere Entwicklungsprojekte im Rahmen der Berufsreifeprüfung wurden

6 Vgl. dazu <https://www.centre-inffo.fr/site-centre-inffo/inffo-formation/articles-dinffo-formation/articles-de-linffo-formation-2010/772-orientation-et-conseil-ca>.

7 Zur Entwicklung der „Initiative Bildungsberatung“ siehe https://erwachsenenbildung.at/themen/bildungsberatung/angebot/initiative_eb.php.

aus esf-Mitteln kofinanziert (vgl. Bisovsky 2006). Seitens der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreich wurde mehrmals die Integration der Berufsreifeprüfung in die „Initiative Erwachsenenbildung“ gefordert, was bis jetzt allerdings nicht gelungen ist.

6 Professionalisierung – Weiterbildungsakademie Österreich (wba)

In einer breit angelegten Kooperation der in der KEBÖ vertretenen gemeinnützigen Einrichtungen der Erwachsenenbildung, des Bundesinstituts für Erwachsenenbildung und der Universität Klagenfurt wurde 2007 ein neues Modell der Anerkennung von Qualifikationen von Erwachsenenbildner*innen in vier Tätigkeitsbereichen entwickelt: Lehre, Beratung, Bildungsmanagement sowie Informationsmanagement und Büchereiwesen.⁸ Ziel war es weiterhin, einen Übergang in das tertiäre System zu schaffen. Die Praxiserfahrung in der Erwachsenenbildung ist die Voraussetzung für den Validierungsprozess in der wba.

Bemerkenswert an der wba, für die die Volkshochschulen führend zuständig sind, ist, dass sich die Erwachsenenbildung selber die Qualifikationsprofile für die Validierung der Kompetenzen und Qualifikationen der wba-Kandidat*innen gegeben hat.

Ein wba-Abschluss basiert auf Freiwilligkeit, gleichzeitig wird er aber für die staatlich finanzierten Programme im Rahmen der „Initiative Erwachsenenbildung“ und für das Qualitätssiegel Ö-Cert anerkannt. Eine zumindest teilweise Anerkennung gibt es auch bei den Trainer*innenqualifikationen des Arbeitsmarktservice, das u. a. für die Höherqualifizierung von Personen zuständig ist, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Weiterbildungsakademie ist somit auch auf der Systemebene wirksam, und die wba-Abschlüsse werden mehrheitlich bereits von Bildungseinrichtungen und Bildungsabteilungen nachgefragt, die außerhalb der traditionellen Verbände der Erwachsenenbildung tätig sind.

7 Bedeutung von Drittmitteln für den Haushalt der Volkshochschulen

Der Verband Österreichischer Volkshochschulen (VÖV) erhebt jährlich u. a. die Einnahmen und Förderungen der österreichischen Volkshochschulen. Der Anteil der Projektförderung an allen Einnahmen (Basis: 2019⁹) beträgt 18,1 %, ist also ein nicht

8 Das öffentliche Büchereiwesen, das der Bücherverband Österreich repräsentiert, ist Teil der Arbeitsplattform der gemeinnützigen Erwachsenenbildung in Österreich und steht zum einen für die gemeinsame Wurzel einer Volksbildungsbewegung, die Volksbüchereien und Volkshochschulen vereinigt. Zum anderen steht sie für ein zeitgemäßes Verständnis von Erwachsenenbildung, das auch informelle Bildungsaktivitäten beinhaltet.

9 Mit dem Jahr 2019 wurde ein Erhebungszeitraum vor der Covidpandemie gewählt. Die für 2020 erhobenen Daten zeigen einen Rückgang bei den Einnahmen aus Bildungsveranstaltungen von 38 %, der – zumindest derzeit – als krisenbedingt und daher untypisch bewertet wird.

unbeträchtlicher Teil der Einnahmen. Neben esf-Mitteln sind hier noch andere Projektförderungen durch den Bund, die Länder und die Gemeinden enthalten.

Tabelle 4: Einnahmen der österreichischen Volkshochschulen und des VÖV 2019 (Quelle: Erhebung des VÖV)

	Einnahmen in Millionen Euro	Anteil in %
Bildungsveranstaltungen	41,034	39,4
Drittmittel, Projekte	18,841	18,1
Förderungen Gebietskörperschaften	36,291	34,9
sonstige Förderungen	0,672	0,6
sonstige Einnahmen	7,208	6,9
	104,045	100,0

Die Drittmittel für Bildungsmaßnahmen, die aus Projektbudgets der Gebietskörperschaften und des esf bestehen, nehmen einen nicht unwesentlichen Teil der Haushalte der österreichischen Volkshochschulen und des VÖV ein. Das differiert nach Bundesländern, und in der Hauptstadt Wien, die Bundesland und Gemeinde gleichzeitig ist, spielen diese eine besonders große Rolle.

8 Resümee

Der esf bzw. die vom esf kofinanzierten Bildungsmaßnahmen sind Teil der Finanzierungsstrategie des Bundes für zentrale bildungspolitische Maßnahmen, die von der Erwachsenenbildung mitgetragen und in den meisten Fällen auch mitgestaltet werden. So war es den Bildungsträgern ein Anliegen, Maßnahmen wie die Basisbildung und den Pflichtschulabschluss vom Projektstatus mit unsicheren Verläufen in Programme umzuwandeln, was mit der Einführung der „Initiative Erwachsenenbildung“ gemeinsam mit den Bundesländern gelungen ist. Mit der Zeit wurden esf-Mittel hinzugenommen, mit denen andere zentrale bildungspolitische Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität, zur Professionalisierung der Erwachsenenbildung und zur besseren Erfassung von Kompetenzen kofinanziert wurden. Für die Erwachsenenbildung und insbesondere für die Volkshochschulen hat sich damit auch ein Feld aufgetan, das die Entwicklungsarbeit von didaktischen Innovationen und Modellen z. B. für mehr Durchlässigkeit im zweiten Bildungsweg unterstützt hat. Zudem handelt es sich bei den Inhalten der esf-kofinanzierten Maßnahmen durchgängig um Themen, die im Bildungsauftrag der Volkshochschulen eine wichtige Rolle spielen.

Die Kofinanzierung durch den esf ermöglicht die Fortführung und die Ausweitung von Bildungsmaßnahmen und gewährleistet ihre Sicherstellung. Darüber hinaus können auch Innovationen erprobt und in weiterer Folge implementiert werden.

Die lange Dauer der Budgetverhandlungen in der Europäischen Union wirkt sich auf den Beginn der nachfolgenden Förderperiode aus. Weiterhin wurde die 50:50-Finanzierung auf 40 % esf und 60 % nationale Förderung reduziert. Die Ungewissheit, wann die nächste Finanzierungsperiode starten wird, bringt es mit sich, dass die Beschäftigungsverhältnisse unsicher werden, und die Gefahr eines Know-how-Verlustes aufgrund von Kündigungen steht im Raum. Es wäre daher zu wünschen, dass die wertvolle Bildungsarbeit zur Verbesserung der Chancen der Menschen und zur Verbesserung der Qualität sowie der Professionalisierung der Erwachsenenbildung in das Regelbudget des Bildungsministeriums integriert wird.

Literatur

- Bisovsky, G. (1991). *Blockierte Bildungsreform. Staatliche Erwachsenenbildungs-Politik in Österreich seit 1970*. Wien: Picus.
- Bisovsky, G. (2006). Wie kann eLearning in der Erwachsenenbildung eingeführt und verankert werden? In: G. Bisovsky, R. Egger, H. Schott & D. Seyr (Hrsg.). *Vernetztes Lernen in einer digitalisierten Welt* (S. 17–44). Wien: Verband Wiener Volksbildung.
- Bisovsky, G. (2021). Mit „Second Chance“ der Bildungsbenachteiligung entgegenwirken. In C. Dorninger, K. Nekula & A. Schnider (Hrsg.), *Auf dem Weg zu einer offenen, fairen Gesellschaft. Claudia Schmied und die Bildungsreform 2007–2013* (S. 196–201). Wien: Lit.
- Bisovsky, G., Egger, R., Schott, H. & Seyr, D. (Hrsg.) (2006). *Vernetztes Lernen in einer digitalisierten Welt. Internetunterstützte Bildungsprozesse an der Volkshochschule*. Wien: Edition Volkshochschule.
- Brugger, E., Doberer-Bey, A. & Zepke, G. (1997). *Alphabetisierung für Österreich: Einem verdrängten Problem auf der Spur*. Wien: Edition Volkshochschule.
- Cennamo, I., Kastner, M. & Schlögl, P. (2018). (Dis-)Kontinuitäten im Feld der Erwachsenenalphabetisierung und Basisbildung: Explorationen zu Konzepten der Lebensweltorientierung, der Ermächtigung und der Transformation. In D. Holzer, B. Dausien, P. Schlögl & K. Schmid (Hrsg.), *Forschungsinself: Beobachtungen aus der österreichischen Erwachsenenbildungsforschung* (S. 95–116). Münster/New York: Waxmann.
- Europäischer Sozialfonds in Österreich (Hrsg.) (2022). *Förderperiode 2014-2020*. Liste der Vorhaben im Bereich Beschäftigung Österreich. <https://www.esf.at/mediathek/>
- Götz, R., Haydn, F. & Tauber, M. (2014). *Bildungsberatung: Information, Beratung und Orientierung für Bildung und Beruf (IBOBB)*. <http://erwachsenenbildung.at/images/themen/dossier/ebooks/dossier-bildungsberatung.pdf>
- Zauner, M. & Barth, R. (2016). Fachlicher, kollegialer Austausch in der Bildungsberatung. Fünf Jahre Kooperationsvereinbarung zwischen Berlin und Österreich. In: *Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs*, 10(29), 14–1–14–6. <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/16-29/meb16-29.pdf>

Autor

Dr. Gerhard Bisovsky, Generalsekretär des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen.

Review

Dieser Beitrag wurde nach der qualitativen Prüfung durch die Redaktionskonferenz am 11.11.2021 zur Veröffentlichung angenommen.

This article was accepted for publication following the editorial meeting on the 11th of November 2021.